50 Jahre Selbstbetrug

Von der Atombombe zur Göttinger Erklärung und zurück

2 Jahre nach der umstrittenen Remilitarisierung Westdeutschlands forderte die Adenauer/Strauß-Regierung 1957 auch eine atomare Bewaffnung der Bundeswehr. Dagegen richteten sich führende Atomphysiker in ihrer "Göttinger Erklärung". Es war das erste und letzte Mal, dass sich Wissenschaftler öffentlich in die deutsche Außenpolitik einmischten und mit Arbeitsverweigerung drohten.

Aus heutiger Sicht waren die Unterzeichner in ihren Forderungen aber viel zu zaghaft und saßen außerdem einem fatalen Trugschluss auf. Denn abgelehnt wurde nur die Beteiligung Deutschlands am atomaren Wettrüsten und auch nur diese militärische Ausrichtung von Atomforschung. Die "friedliche Verwendung" der Atomenergie sollte nach dem Willen der Physiker dagegen "mit allen Mitteln" gefördert werden. Dabei hätten ihre eigenen Biografien sie lehren können, dass eine Trennung von "ziviler" und "militärischer" Atomtechnik im Prinzip unmöglich ist:

Ein Großteil der 18 Unterzeichner der Göttinger Erklärung war auch schon unter Hitler an Atomprojekten beteiligt, ein Drittel von ihnen in führenden Positionen im "Uranverein". Auch wenn sich die Wissenschaftler bei ihren Kernspaltungsexperimenten während des Zweiten Weltkriegs als unpolitische Grundlagenforscher sahen, so war doch allen klar, dass ihr Auftrag darin lag, letztendlich eine deutsche Atombombe zu entwickeln. Technische Unzulänglichkeiten und der Verlauf des Krieges verhinderten die Ausführung. Doch ihr wissenschaftlicher Ehrgeiz blieb ungebrochen.

Gleichzeitig betonen wir, daß es äußerst wichtig ist, die friedliche Verwendung der Atomenergie mit allen Mitteln zu fördern, und wir wollen an dieser Aufgabe wie bisher mitwirken.

Schlusssatz der Göttinger Erklärung

Vorgeblich sollte der Aufruf eine Schlussstrich unter diese unrühmliche Vergangenheit ziehen. Adenauer und Strauß bekamen jedoch ohnehin durch die dauerhafte Stationierung amerikanischer Atomraketen in der BRD im Rahmen der Nato-Mitgliedschaft einen indirekten Zugriff auf Atomwaffen. Gleichzeitig war die Erklärung aber auch so etwas wie der Startschuss für einen staatlich geförderten Aufbau ziviler Atomanlagen in der Bundesrepublik: Das erste BRD-Versuchs-Atomkraftwerk in Kahl wurde nur ein Jahr später entwickelt.

Zur weltweiten Verbreitung von kerntechnischen Anlagen trug vor allem die Internationale Atomenergiebehörde IAEO bei. Die IAEO wurde, ebenfalls vor 50 Jahren, auf Betreiben der USA gegründet. Ihre Aufgaben sind die Förderung und Kontrolle ziviler Kernkraftnutzung bei gleichzeitiger Verhinderung der Weiterverbreitung der Atombombentechnik. Ziel war es, die westlichen Staaten von der Durchführung eigener Nuklearforschung abzuhalten, um das Monopol der bestehenden Atommächte zu sichern. Und "zivile" Atomanlagen boten und bieten immer auch die Option militärischer Nutzung.

Die "Achsen des Bösen"

Am deutlichsten wird die Untrennbarkeit von "ziviler" und "militärischer" Nutzung bei Wiederaufarbeitungs- und Urananreicherunsanlagen. Diese können leicht zur Herstellung atomwaffenfähigen Materials umgerüstet werden. Angereichertes Uran und Plutonium werden für den Bau von Atombomben benötigt. Das gleichzeitig abgereicherte Uran findet Verwendung in der Uranmunition, deren panzerbrechende Wirkung z.B. im Kosovo-Krieg geschätzt wurde. Zu Recht gibt es ak-

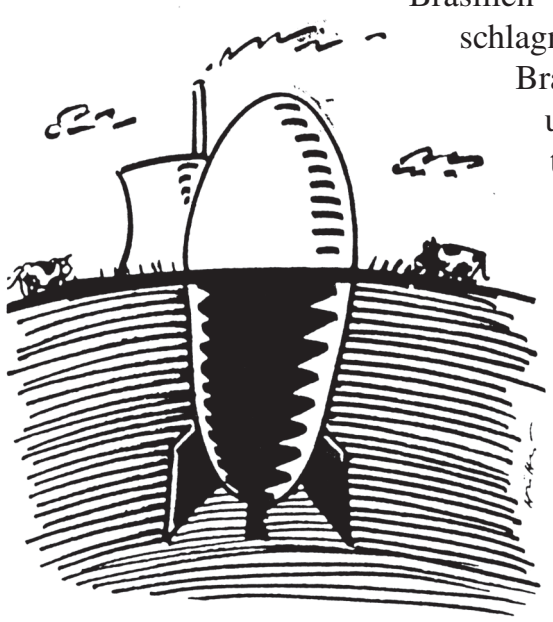
tuell internationale Bedenken, wenn der "Schurkenstaat" Iran auf eigenen Urananreicherunsanlagen beharrt. Weniger beachtet von der Weltöffentlichkeit wird dagegen die Urananreicherungsanlage im westfälischen Gronau, die seit 1985 in Betrieb ist und in den kommenden Jahren weiter ausgebaut werden soll. Abgereichertes Uran wird von Gronau nach Russland verschenkt.

Wer die Bombe will, der kann die bestehenden Anlagen, die es in der Bundesrepublik gibt, nutzen und ist in der Lage, in einem relativ kurzen Zeitraum eine solche Atombombe zu bauen.

Volker Hauff, Bundesforschungsminister 1987-1980

In der Vergangenheit wurde auch deutsche Atomtechnik im großen Stil exportiert, bevorzugt in Krisenregionen und an Militärdiktaturen (Argentinien, Brasilien, Südafrika) und unter Umgehung des Atomwaffensperrvertrags. Deutsche Hilfestellung versetzte z.B. Indien in die Lage, ab 1974 eigene Atombomben herzustellen.

Ausgerechnet der Mitverfasser der Göttinger Erklärung und Präsident der Max-Planck-Gesellschaft, Otto Hahn, war 1953 an einem solchen Deal beteiligt: Der Versuch, Uranzentrifugen nach Brasilien zu schmuggeln, scheiterte aber. US-Kontrolleure beschlagnahmten die in Göttingen zusammengesetzten Geräte, die Brasilien in die Lage versetzen sollten, Uran anzureichern und zu einer Atommacht aufzusteigen. Weder die Produktion noch der Export dieser Anlagen war nach den damaligen Alliierten Kontrollratsgesetzen erlaubt.



Vielleicht war es bei den Physikern um Hahn mehr als nur "Selbstbetrug", als sie vorgaben, Atomwaffenforschung strikt abzulehnen. Vielmehr war und ist die Göttinger Erklärung dazu geeignet, die Kittel aller Atomwissenschaftler weiß zu waschen und das Thema Atomenergie von allen negativen Assoziationen zu säubern.

Es gibt keine "friedliche" Atomenergie!

Die Kritik an der militärischen Nutzbarkeit von Atomtechnologie bedeutet nicht, dass rein zivile Nutzung harmlos wäre. Die verheerenden Schäden für Mensch und Natur schon beim Uranabbau, die unvermeidbare Strahlungsbelastung im Normalbetrieb eines AKWs und die ständige Gefahr eines GAUs, die nicht ungefährlichen und rücksichtslos durchgeführten Atommülltransporte und vor allem das unlösbare Problem der dauerhaft sicheren Einlagerung machen Atomtechnologie zu einer nicht vertretbaren Bedrohung. Bestes Beispiel hierfür ist das volllaufende Endlager Asse II.

All dieser Probleme mögen sich die 18 Unterzeichner vor 50 Jahren nicht bewusst gewesen sein, an unserer Verantwortung heute darf das jedoch nichts ändern.

Herausgeber:
AntiAtomPlenum Göttingen
www.puk.de/aapgoe